

# Frühfranzösisch ist passé

Der Kantonsrat will die Fremdsprache in die Oberstufe verschieben – gegen den Willen von Bildungsdirektorin Silvia Steiner

ROBIN SCHWARZENBACH

«Medien und Informatik, Religion und Ethik, Englisch und Französisch in der Primarschule, alle benotet, alle prüfungsrelevant: Für viele Kinder ist das schlicht zu viel.» Es war ein bemerkenswerter Satz in einer bemerkenswerten Debatte. Der Zürcher Kantonsrat hatte am Montag über ein heisses Eisen zu befinden: Eine Motion verlangt, dass Französisch erst in der Oberstufe unterrichtet wird. Also ab der ersten Sekundarklasse oder im Langzeitgymnasium und nicht mehr ab der fünften Klasse in der Primarschule.

Der Satz war klar, ungeschminkt, er scherte sich nicht um politische Befindlichkeiten. Geäussert hatte ihn die Mitte-Politikerin Kathrin Wydler (Wallisellen), die Urheberin des Vorstosses. Ihre Motion richtete sich somit gegen die eigene Regierungsrätin, Silvia Steiner. Das kommt höchst selten vor. Normalerweise unterstützt die Kleinpartei (11 von 180 Sitzen im Parlament) ihre Bildungsdirektorin, wo sie nur kann.

## Die Regierung windet sich

Doch bei dieser kapitalen Frage ist das anders. Steiner hatte sich vor dem Showdown mit der eigenen Partei (und der SVP, der GLP und der EVP) gegen den Vorstoss gestellt. «Mehr Lektionen führen zu signifikant besseren Leistungen», heisst es zum Beispiel in der schriftlichen Stellungnahme des Regierungsrats dazu. Und: «Jüngere Schülerinnen und Schüler sind zudem motivierter, eine Sprache zu lernen, als ältere.»

Weiter hatte die Regierung etwas unglücklich argumentiert, dass laut einer Untersuchung Aargauer Schülerinnen und Schüler mit Englisch ab der dritten Primarklasse über die besseren Englischkenntnisse verfügten als Solothurner Jugendliche, die vier Jahre später begonnen hatten, Englisch zu lernen.

Nun sind Englisch und Französisch nicht einfach so miteinander zu vergleichen. Der Kanton Zürich unterscheidet bereits seit Jahren zwischen den beiden Fremdsprachen. Die eine, die den Kindern näher ist, weil sie sie aus Filmen, Pop-Songs, Games und vom Smartphone-Slang her kennen, begegnen ihnen ab der dritten Klasse der Primarschule. Die andere, die vor allem die Erwachsenen wichtig finden, weil sie als Chiffre für den nationalen Zusammenhalt der mehrsprachigen Schweiz erhalten muss, ab der fünften. Englisch finden die Kids cool. Französisch trifft auf «pickelhaften Widerstand», wie ein prominenter FDP-Kommunalpolitiker kürzlich in einem Interview feststellte.

Aber das kümmert die Regierung nicht. Lieber halten Steiner und ihre



Boring! Viele Jugendliche lernen lieber Englisch als Französisch. Das Zürcher Parlament will dieser Tatsache nun Taten folgen lassen.

RALPH RIBI / CH MEDIA

Kollegen fest: «Es ist davon auszugehen, dass vergleichbare Effekte (wie beim Vergleich zwischen Aargauer und Solothurner Schülern) auch beim Französischunterricht zu beobachten wären.»

Kathrin Wydler liess sich von solchen Bedenken nicht beirren. Sie sagte in ihrem Votum: «Französisch ist und bleibt eine wichtige Landessprache. Aber manchmal ist weniger einfach mehr.» Eine Verschiebung des Französischunterrichts auf die Oberstufe sei auch eine Frage der Chancengerechtigkeit. «Besonders Buben tun sich in sprachlastigen Fächern schwer», sagte die Mitte-Politikerin. Ein späterer Einstieg schaffe gleichere Voraussetzungen. Und natürlich solle Frühfranzösisch in der Primarschule weiterhin möglich sein – im Rahmen der Begabtenförderung.

Ursula Junker (SVP, Mettmenstetten) begrüsst die Anwesenden kurzerhand in der zweiten Landessprache: «Bonjour monsieur le président, madame la conseillère d'état, chers collègues – kä Angscht», fuhr sie fort, sie wechselte sofort auf Schriftsprache. Die SVP-EDU-Fraktion habe nichts gegen Französisch. Für viele schweizweit tätige KMU sei Französisch im Alltag immer noch die erste Fremdsprache. «Aber wir sind der Meinung: Eine Fremdsprache in der Primar-

schule ist genug.» Denn: Viele Lehrer der Oberstufe beklagten die bescheidenen Französischkenntnisse, die Jugendlichen aus der Primarschule mitbrächten, sagte Junker.

Tatsächlich ist es ums Français vieler Sekundarschüler nicht besonders gut bestellt. Ein nationaler Bericht stellte Zürcher Jugendlichen kürzlich ein pitoyables Zeugnis aus. In der Kategorie Hörverstehen verfügten bloss 21 Prozent der Sek-B- und Sek-C-Schüler im Kanton über die verlangten Grundkompetenzen. Beim sogenannten Leseverstehen lag dieser Wert noch tiefer (14 Prozent). Ganz anders präsentiert sich die Lage bei den Englischkenntnissen. Dort erreichten in Sachen Hörverstehen 72 Prozent dieser Schülergruppe die Grundkompetenzen. Beim Leseverstehen waren es knapp die Hälfte (49 Prozent). Mit anderen Worten: Englisch ist nicht nur «cooler». Die Jugendlichen im Kanton Zürich können es auch viel besser als Französisch.

Für Ursula Junker und die SVP steht die Sprachendebatte für ein weiteres Problem: Der Fremdsprachenunterricht in der Primarschule beeinträchtigt auch die Leistungen in den beiden Kernfächern Deutsch und Mathematik. «20 Prozent der Jugendlichen können nach

der obligatorischen Schulzeit nicht richtig lesen oder schreiben oder einen Text auf Deutsch verstehen.»

## «Where are the toilets?»

Und überhaupt, argumentierte Junker: «Als 2004 zwei Fremdsprachen auf Primarschulstufe eingeführt wurden, war die Schweiz noch eine andere.» Heute spreche wegen der «ungebremsten Zuwanderung» jedes fünfte Kind zu Hause kein Deutsch. Französisch sei für viele Kinder die fünfte Sprache, die sie lernen müssten – nach der eigenen Muttersprache, der Mundart, Hochdeutsch im Kindergarten und Englisch in der dritten Klasse. «Kein Wunder, erreicht ein beachtlicher Teil der Kinder das Mindestniveau in den Fremdsprachen nicht.»

Marc Bourgeois (FDP, Zürich) bekannte, dass es seine drei Söhne nicht hinbekämen, in einem Restaurant im Welschland auf Französisch nach der Toilette zu fragen. «Where are the toilets?» sei für sie auch nach Jahren Französisch in der Schule viel geläufiger. «That's it. Sie kriegen es nicht hin.»

Der Bildungspolitiker mit Waadtländer Wurzeln betonte, dass auch viele Lehrpersonen mit dem Frühfranzösisch haderten: In der Primarschule stimmten

Aufwand und Ertrag nicht, und in der Oberstufe müssten viele Lehrer wieder von vorne anfangen. Mehr Austauschprogramme, mehr kulturelle Verständigung mit der Westschweiz und eine gezielte Förderung begabter Kinder in der fünften und sechsten Klasse seien da viel besser. Zumal die Idee des vielbemühten «Sprachbads» nicht funktioniere: Kinder in Zürich könnten vielleicht ins Englische «eintauchen». Aber auf Französisch funktioniere das nicht. «Vive le français, mais plutôt un peu plus tard!», sagte Bourgeois.

## Mehr bilingualen Unterricht

Die Ratslinke hatte dem wenig entgegenzusetzen. Carmen Marty Fässler (Adliswil) versuchte es mit Zweckoptimismus: «Viele gehen gerne in den Französischunterricht», sagte die SP-Politikerin – solange dieser spielerisch und keine reine Wörtli-Lernerei sei. Warum man es nicht mit einem «innovativen» Ansatz versuche? Und ob es überall Noten brauche, wollte Fässler vom Plenum wissen.

Livia Knüsel (Grüne, Schlieren) betonte die eidgenössische Komponente: Französisch sei eine Landessprache, Französischunterricht sei wichtig für den nationalen Zusammenhalt. «Die entscheidende Frage ist doch nicht, ob früher oder später, sondern wie wir den Schülern Französisch beibringen.» Knüsel plädierte für mehr Projektunterricht, für bilinguale Unterrichtseinheiten und für weitere Formate: Warum nicht ein Märchen auf Französisch vorlesen? «Grammatik würde keine Rolle spielen, die Kinder würden die Sprache automatisch lernen», sagte Knüsel.

Bildungsdirektorin Silvia Steiner stützte sich vor allem auf die staatspolitische Komponente: Der Kanton Zürich spiele mit dem Feuer, wenn er vorhabe, aus dem Harnos-Konkordat mit den anderen Kantonen auszutreten und den Französischunterricht einseitig auf die Oberstufe zu verschieben. Mehr noch: Man müsse damit rechnen, dass der Bund hier intervenieren werde. Dieses Argument war zuvor auch in der Debatte zu hören. Harnos dürfe nicht dazu führen, dass Zürich reformunfähig werde, hiess es dazu aus den Reihen der FDP, die die Motion mehrheitlich unterstützte, aber nicht mitunterzeichnet hatte.

Die «Koalition der Gelassenen» setzte sich schliesslich durch. Die Motion der Mitte, der SVP, der GLP und der EVP wurde mit 108:64 Stimmen deutlich angenommen. Silvia Steiner hat nun zwei Jahre Zeit, um dem Parlament eine Vorlage zu präsentieren. Die folgenden Auseinandersetzungen mit Harnos würden noch einmal drei Jahre in Anspruch nehmen, gab die Bildungsdirektorin abschliessend zu bedenken.

# Zusätzliche Millionen für den Entlastungsstollen

Der Regierungsrat spricht davon, dass die Gesamtkosten unverändert bleiben

FRANCESCA PRADER

Der Tunnel, der in den letzten Jahren von der Sihl bei Langnau durch den Zimmerberg zum Zürichsee gegraben wurde, ist ein Jahrhundertprojekt. Eines, das die Stadt Zürich in Zukunft vor extremen Hochwassern schützen soll. Solche sind zwar selten, doch wenn Zürichs «minderer Fluss» – wie ihn Hugo Loetscher nannte – Wassermengen in der Grössenordnung von 300 Kubikmetern pro Sekunde in Richtung Stadt trägt, dann hat er das Potenzial, Schäden in Milliardenhöhe zu verursachen.

Immer wieder kam es zu Überschwemmungen. Im Sommer 1910 standen weite Teile der Stadt unter Wasser. Anhaltender Regen hatte dazu geführt, dass die Sihl und die Limmat über die Ufer traten. 2005 schrammte die Stadt nur knapp an einem Hochwasser vorbei. Es fehlte nicht mehr viel, und die Sihl wäre über die Ufer getreten. Mit dem

Entlastungsstollen soll ein Teil der Wassermengen aus der Sihl in den Zürichsee abgeleitet werden. Und zwar dann, wenn mehr als 250 Kubikmeter Wasser pro Sekunde in Richtung Stadt rauschen.

## Ursprünglich 135 Millionen

2021 bewilligte der Regierungsrat einen Kredit von 175,5 Millionen Franken. 40 Millionen Franken mehr als ursprünglich geschätzt. Inzwischen sind die Arbeiten an dem zwei Kilometer langen Tunnel fast abgeschlossen – und es zeigt sich: Es gibt zusätzliche Kosten. Ende August hat die Kantonsregierung mitgeteilt, dass sie weitere 30,6 Millionen Franken für den Bau des Stollens bewilligt habe. 3 Millionen davon sind als Reserve gedacht.

Während der Arbeiten am Stollen seien «begründete und nicht vorhersehbare, zusätzliche Leistungen im Umfang von knapp 13 Millionen Franken notwendig geworden», schreibt der Regie-

rungsrat. Katharina Weber, Sprecherin des Amts für Wasser, Abfall, Energie und Luft (Awel) sagt auf Anfrage der NZZ, beispielsweise habe das 90 Meter in den Zürichsee hineinreichende Auslaufbauwerk nicht so gebaut werden können wie ursprünglich geplant.

Weiter schlage die Teuerung mit bis zu 7 Millionen Franken zu Buche. Auch kleinere Zusatzkosten – sogenannte Regieleistungen –, wie der Umbau einer Lärmschutzwand oder der Bau einer Messeinrichtung, die Bewegungen im Boden überwacht, tragen zu den höheren Kosten bei.

Schliesslich förderten die Arbeiten am Tunneleingang und beim Auslauf im See belastetes Aushubmaterial zutage. Die Awel-Sprecherin Weber sagt, am Seegrund sei eine rund dreissig Zentimeter dicke, mit Zinn belastete Sedimentschicht abgesaugt worden. Allerdings hätten auch die Schichten darunter einen zu hohen Zinngehalt aufgewiesen.

Trotz den zusätzlichen Kosten betont der Regierungsrat, dass der Kredit von 2021 nicht überschritten werde. Auch der zuständige Projektleiter sagte unlängst, das Budget werde eingehalten.

## Offerte schafft Spielraum

Ein Blick in die Kostenaufteilung bringt Licht ins Dunkel. Der 175,5-Millionen-Franken-Kredit setzt sich aus verschiedenen Posten zusammen, darunter die reinen Baukosten, für die 131,6 Millionen Franken veranschlagt sind. Darin enthalten sind neun Teilprojekte, darunter der Stollenbau, aber beispielsweise auch die Steuerung der Elektroinstallationen, die Schlauchwehre, die sich senken, wenn die kritische Wassermenge erreicht ist, und das Sihlwasser in den Stollen lassen oder der Innenausbau des Betriebsgebäudes.

Für die reinen Baukosten sind 131,6 Millionen Franken eingestellt. Die Offerte der Marti Tunnel AG ging von

95,4 Millionen Franken aus – und lag somit gut 36 Millionen Franken unter dem im Kredit beinhalteten Betrag. Der Betrag der Vergabe erhöht sich um 30,6 Millionen Franken und ist immer noch vom Kredit gedeckt.

Auch Reserven im Umfang von knapp 12 Millionen Franken sind einberechnet. Die Milchbüchleinrechnung des Kantons könnte somit noch weitere 18 Millionen Franken an unvorhergesehenen Kosten verkraften.

## So setzt sich der Kredit für den Bau des Entlastungsstollens zusammen

In Millionen Franken	
Erwerb von Grund und Rechten	1,9
Technische Arbeiten	30,2
Baukosten	131,6
Reserven	11,8
Total	175,5

Quelle: Kanton Zürich

NZZ/fpr